

# Vergessene Lösung

In der Vergangenheit hat der griechische Staat einen großen Teil seiner Ausgaben – darunter für Rüstungsgüter aus Deutschland, wohl auch unter korruptiven Bedingungen in Auftrag gegeben – mit Anleihen finanziert, die von Banken, Fonds und reichen Einzelpersonen gehalten wurden. Diese haben sie spekulativ weiterverkauft und nach Möglichkeit Gewinne damit erzielt. Als Griechenland die Tilgung nicht leisten konnte, bissen die Letzten die



Hunde. Es war wie beim Schwarzer-Peter-Spiel: Wer auf den faulen Krediten sitzen geblieben war, musste durch den teilweisen Schuldenschnitt Verluste hinnehmen. Um so genannte systemrelevante Banken zu schonen, übernahmen in der Folgezeit Öffentliche Hände – die Europäische Zentralbank und der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ – diese Papiere. Können die griechischen Anleihen nicht eingelöst werden, müssen die Einzelstaaten, die gebürgt haben, die Kosten übernehmen. Man sagt in diesem Fall gern: die „Steuerzahler“ seien die Leidtragenden. Korrekter wäre

die Feststellung, dass die Staaten noch mehr als bisher sparen müssten, um die Ausfälle zu decken. Kommt es zu einer Umschuldung durch Verlängerung der Kredite bis hin zu einer gleichsam „ewigen“ Staatsschuld, bliebe dieser Effekt erhalten, wäre aber milder. Letztlich handelte es sich um eine Art europäischen Lastenausgleich. Er gilt als die humanste Lösung der gegenwärtigen Krise. Setzt die neue griechische Regierung sie durch, wird sie gefeiert werden.

Damit würde zugleich die tatsächlich beste Variante vermieden. Die Gelder, die ursprünglich in die griechischen Anleihen flossen, gehörten zu riesigen Privatvermögen, die in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr anwuchsen, wobei der Abstand zwischen Arm und Reich immer größer wurde. Thomas Piketty hat in seinem Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ vorgeschlagen, Staatsschulden durch eine einmalige Abgabe auf diese großen Bestände und auf Super-Einkommen zu tilgen. Damit die Öffentlichen Hände danach nicht wieder ins Defizit geraten, wäre auf Dauer eine ständige hohe Vermögens- und Erbschaftssteuer in den Einzelstaaten des Euro-Raums angebracht. Damit könnten die Verluste, die diesen sonst durch eine griechische Umschuldung entstehen müssten, vermieden werden.

Merkwürdigerweise ist gegenwärtig davon kaum oder nur wenig die Rede. So könnten sich die Hoffnungen, die sich mit der griechischen Linksregierung verbinden, als irrig erweisen.